

Niederschrift

über die

Sitzung des Werkausschusses des Verbandsgemeinderats Mendig

Sitzungstermin: Mittwoch, den 27.09.2023
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Großen Ratssaal der Verbandsgemeindeverwaltung
Mendig, 2. OG, Zimmer Nr. 43, Marktplatz 3, 56743 Mendig

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Jörg Lempertz

Vorsitzender, Mandat niedergelegt

1. Beigeordneter

Herr Joachim Plitzko

Mandat niedergelegt

Beigeordneter

Herr Alexander Müller

Mandat niedergelegt

Herr Alfred Nett

Fraktionsvorsitzender, Ausschussmitglied,
abwesend bei TOP 3 und TOP 5

CDU

Herr Winfried Berresheim

Herr Bernd Merkle

Herr Jürgen Reimann

Herr Stefan Schneider

Fraktionsvorsitzender

Vertreter für Olaf Waldecker, anwesend ab
TOP 2

SPD

Herr Theo Rausch

Herr Stephan Rothbrust

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Konrad Böhnlein

Vertreter für Ralf Montermann

Stadtbürgermeister beratende Teilnahme

Herr Hans Peter Ammel

Stadtbürgermeister beratende Teilnahme

Ortsbürgermeister beratende Teilnahme

Herr Lukas Ellerich

Ortsbürgermeister beratende Teilnahme

Herr Rudolf Wingender

Ortsbürgermeister beratende Teilnahme

Verwaltung

Herr Andreas Loeb

Werkleiter

Frau Jennifer Simon

Schriftführung

Herr Georg Stein

Referent

Abwesend waren:

CDU

Herr Olaf Waldecker

Vertreten durch Stefan Schneider

F.D.P.

Herr Ralf Montermann

Vertreten durch Konrad Böhnlein

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Werkausschusses des Verbandsgemeinderates Mendig vom 01.06.2023 werden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung Öffentliche Sitzung

1. Ermächtigung zur Ausschreibung und Auftragsvergabe Erweiterung Oberflächenentwässerung "In Großfindel" Mendig
2. Auftragserteilung zur Durchführung einer Studie zur optimierten Eigenstromversorgung für die Anlagen der Verbandsgemeindewerke
3. Beschluss über den Beitritt zum Pakt Resiliente Wasserversorgung
4. Mitteilungen

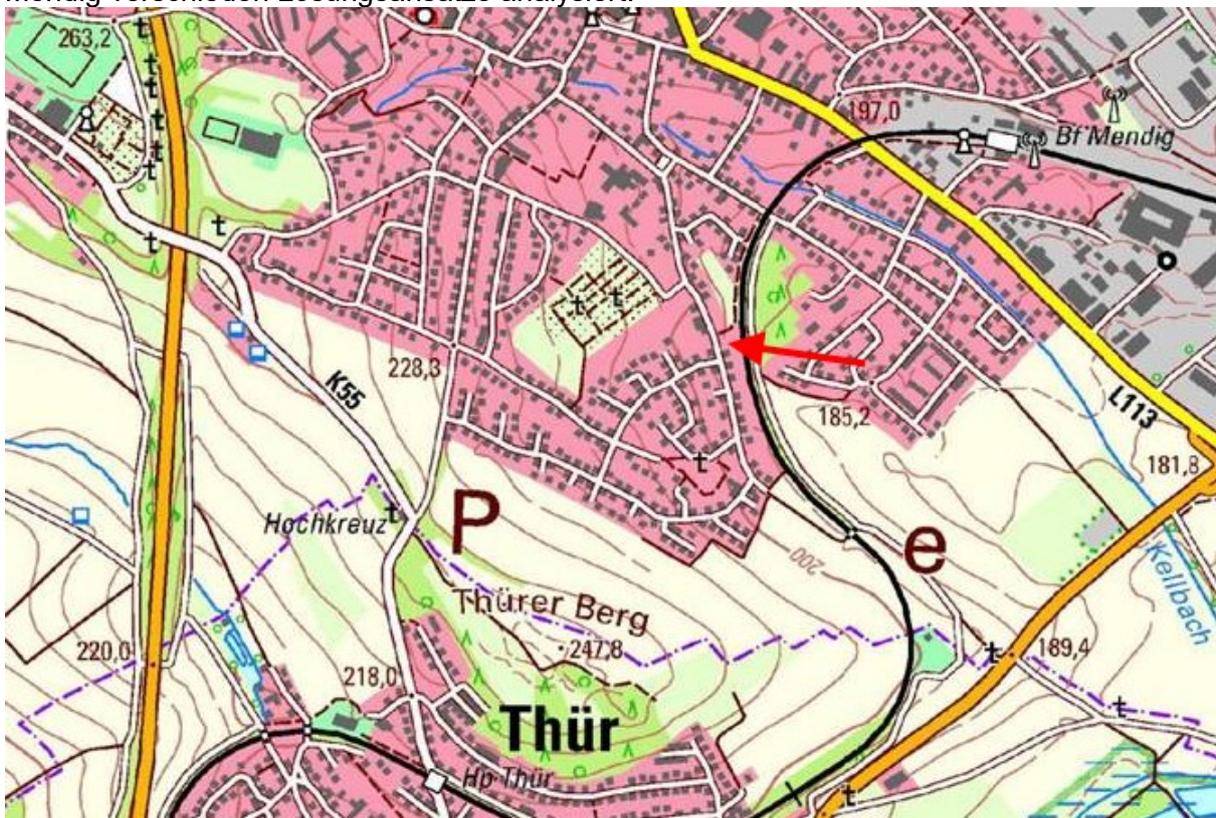
Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt: 1

Ermächtigung zur Ausschreibung und Auftragsvergabe Erweiterung Oberflächenentwässerung "In Großfindel" Mendig

Sachverhalt:

Das Baugebiet „Großfindel“ in Mendig entwässert das anfallende Niederschlagswasser über eine Regenwasserkanalisation in drei vorhandene Versickerungsanlagen. Vor dem Anwesen „In Großfindel 17“ kommt es aufgrund eines topographischen Tiefpunktes an dem dort vorhandenen Schacht zu einem regelmäßig wiederkehrenden Kanalüberstau. Um einen Überstau an dieser Stelle zukünftig zu vermeiden, wurden zusammen mit dem Ingenieurbüro Schneider Umwelt GmbH aus Mendig verschiedenen Lösungsansätze analysiert.



Als wirtschaftlichste Lösung stellt sich dabei die Auswechslung des vorhandenen Regenwasserkanals von DN 300 auf DN 500, insgesamt auf einer Länge von 80 m, heraus. Ein Übersichtslageplan ist als Anlage beigefügt.

Das ursprünglich geplante Versickerungsbecken wurde aufgrund der zu hohen Baukosten (rd. 220.000 EUR netto) verworfen. Aufgrund der unerwartet schlechten Sickerwerte auf dem Grundstück wäre eine einfache und kostengünstige Versickerung über die belebte Bodenzone jedoch nicht möglich gewesen und die Kosten für das so erforderlich werdende Rigolensystem lägen deutlich über den geschätzten Kosten für eine entsprechende Kanalauswechslung.

Zum anderen wurde in der Vergangenheit, aufgrund der möglicherweise bereits bestehenden Kanalüberlastung in diesem Bereich, eine „Notentlastung“ in Form eines Überlaufrohrs auf dieses Grundstück geschaffen, so dass dort bereits seit Jahren Regenwasser entlastet / versickert.

Anstatt aber nun in Höhe des unbebauten Grundstücks Nr. 15 die von oberhalb kommenden Regenwasserkanäle zu entlasten bzw. einer Sickermulde zuzuführen, wird der weiterführende RW-Kanal DN 300 in Richtung bestehendes Sickerbecken auf einer Länge von rd. 50 m auf ein DN 500 vergrößert (1 Haltung).

Ab dem Schacht am Haltungsende wird ein zusätzlicher Bypass zum bestehenden RW- Kanal, in Richtung Becken (ebenfalls in DN 500, Länge rd. 32 m) hergestellt,

Aktuell wird das Leistungsverzeichnis erstellt. Die Arbeiten sollen Anfang Oktober ausgeschrieben werden.

Hinweis zur Finanzierung:

Mittelansatz 2023: Konto-Nr. 352114 120.000 €

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den vorgestellten Sachverhalt zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt den Werkleiter, den Auftrag zur Erneuerung der Oberflächenentwässerung in der Straße „In Großfindel“, an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 2

Auftragserteilung zur Durchführung einer Studie zur optimierten Eigenstromversorgung für die Anlagen der Verbandsgemeindewerke

Sachverhalt:

Die Verbandsgemeinde Mendig ist dem Kommunalen Klimapakt beigetreten. In der Sitzung des Verbandsgemeinderates wurde beschlossen, dass die Verbandsgemeinde für Ihre Liegenschaften und die der verbandsgemeindeangehörigen Gemeinden Möglichkeiten für eine Eigenstromversorgung in Form eines Bilanzkreises untersuchen und umsetzen möchte.

Der Eigenbetrieb Wasser und Abwasser betreibt mehrere Anlagen innerhalb der Verbandsgemeinde Mendig, die einen hohen Strombedarf haben. Im vergangenen Jahr waren auch die Werke von den drastischen Veränderungen der Preise für Strom u. Gas betroffen. Dies hat letztlich dazu beigetragen, sich weiter mit Möglichkeiten zur Energieeinsparung und insbesondere dem Aufbau einer Eigenstromversorgung aus erneuerbaren Energien zu beschäftigen. Neben den klimapolitischen und umwelttechnischen Gesichtspunkten würde dies auch zur Versorgungssicherheit beitragen. Da auch die Verbandsgemeinde ihre Liegenschaften zu einem Bilanzkreis zusammenschließen möchte, könnten sich in einem späteren Stadium weitere Synergieeffekte ergeben.

Ziele der Studie sind die Verbesserung der Versorgungssicherheit, Verbesserungen für den Klimaschutz sowie Kostenvorteile durch langfristige Stabilisierung der Strompreise, zunächst abgestellt auf die Grundstücke und Anlagen der Werke.

Die Werkleitung hatte vor einigen Wochen mit Herrn Prof. Dr. Ralf Simon Kontakt aufgenommen, der bereits fundierte Kenntnisse auf diesem Gebiet vorweisen kann, derzeit mehrere Kommunen in ähnlicher Fragestellung betreut und bereits erste Energieregionen mit Bilanzkreisen mit aufbauen konnte.

Ziel der Energieregion ist es, einen möglichst energieautarken regionalen Verbund zu schaffen, dessen Bilanzkreis sich erneuerbar u. hocheffizient über die Verbrauchssektoren mengenmäßig u. zeitlich ausgleicht¹.

Ein Beispiel vom Zweckverband Abwasserversorgung Rheinhessen:

¹ Quelle: Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026, Kapitel 2 – Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt, Seite 29 ff.

Zweckverband
Abwasserentsorgung
Rheinhesen

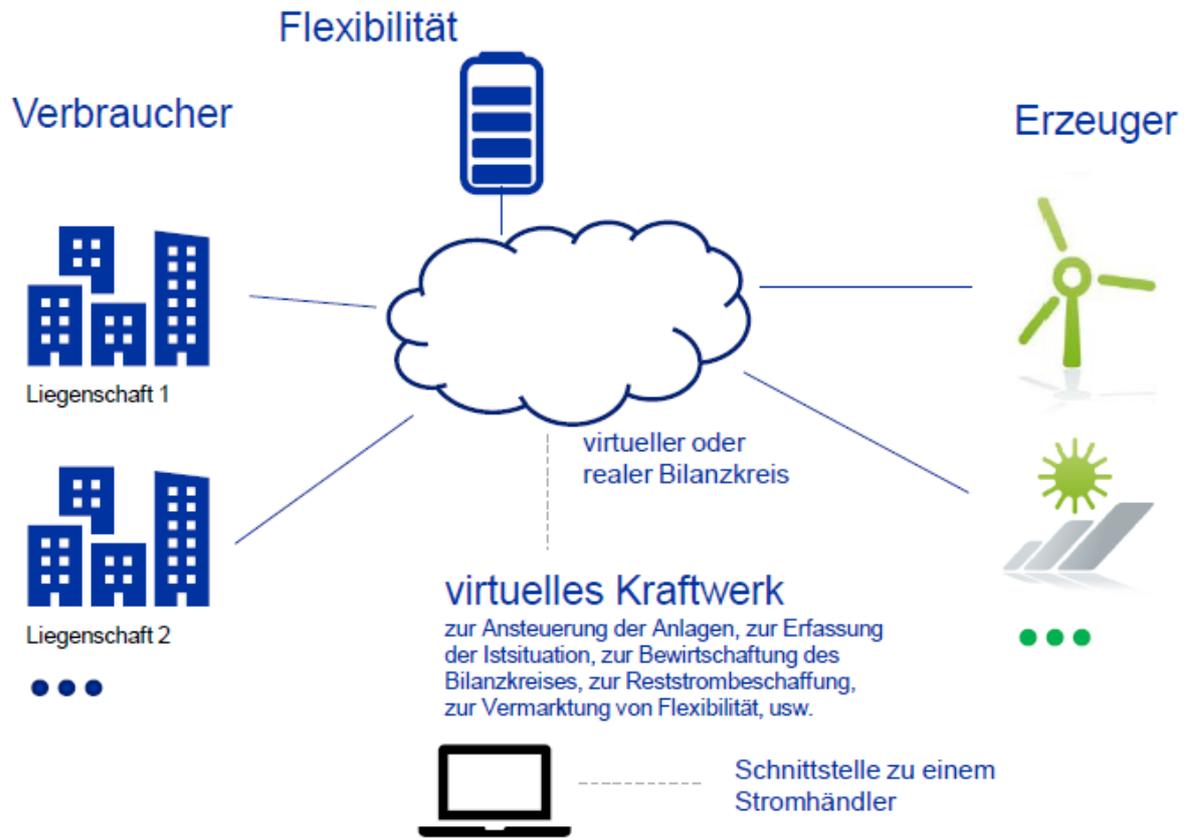
SiPE
Simon Process
Engineering GmbH

Bei einzelnen Anlagen existiert ausreichend Fläche für größere PV-Anlagen.

Ziel: Erhöhung der Eigenstromversorgung durch fluktuierende CO₂-freie Stromquellen mit Hilfe des öffentlichen Netzes

© Simon Process Engineering GmbH

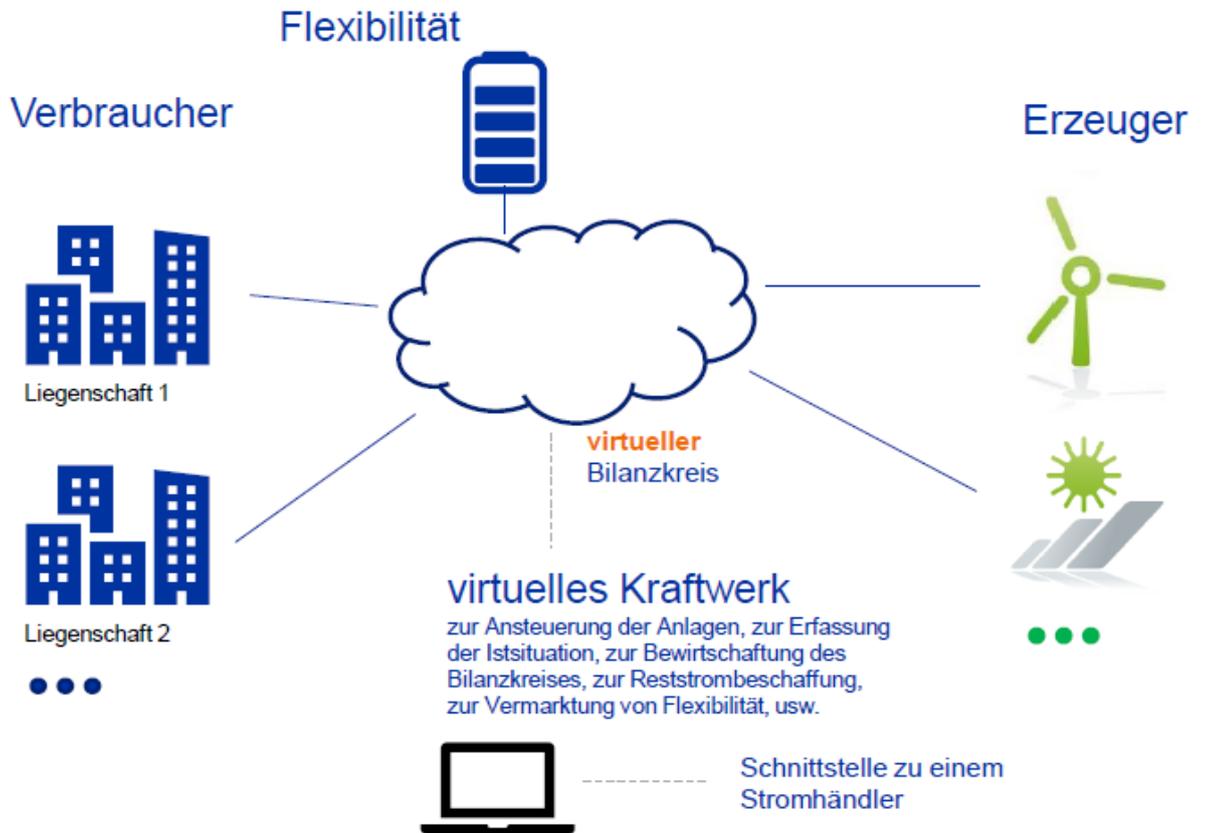
Prinzip einer Energieregion



Quelle: SiPE – Simon Process Engineering GmbH

- Der Aufbau einer Energieregion erfolgt in mehreren Phasen.
- **Phase 1 Start mit einer Keimzelle, virtueller Bilanzkreis**

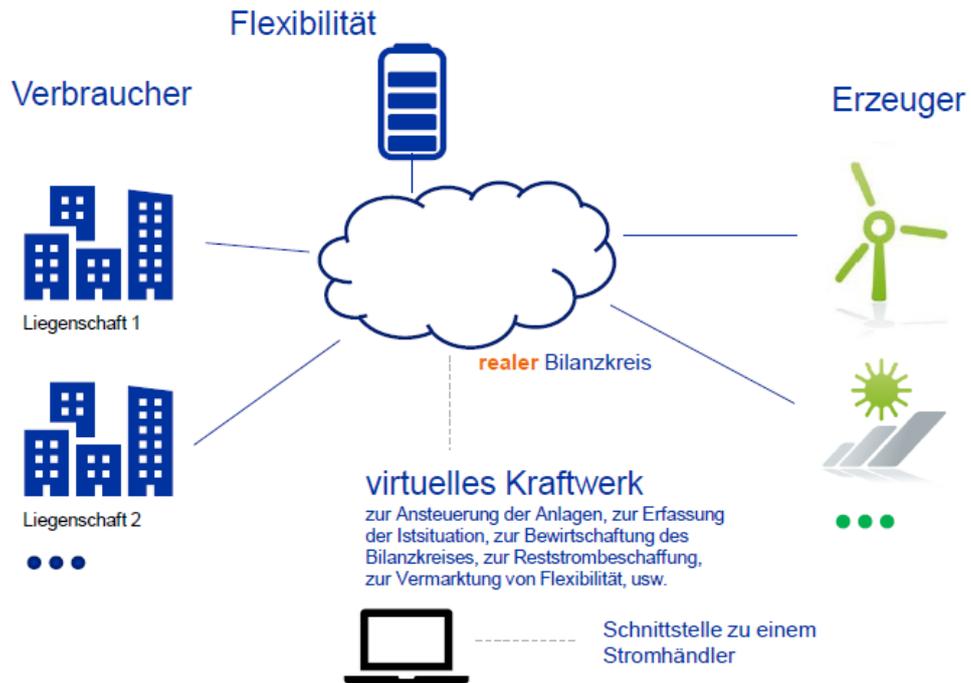
Prinzip einer Energieregion – Phase 1



Quelle: SiPE – Simon Process Engineering GmbH

- **Phase 2 Ausbaustufe, Erweiterung um andere juristische Personen, realer Bilanzreis**

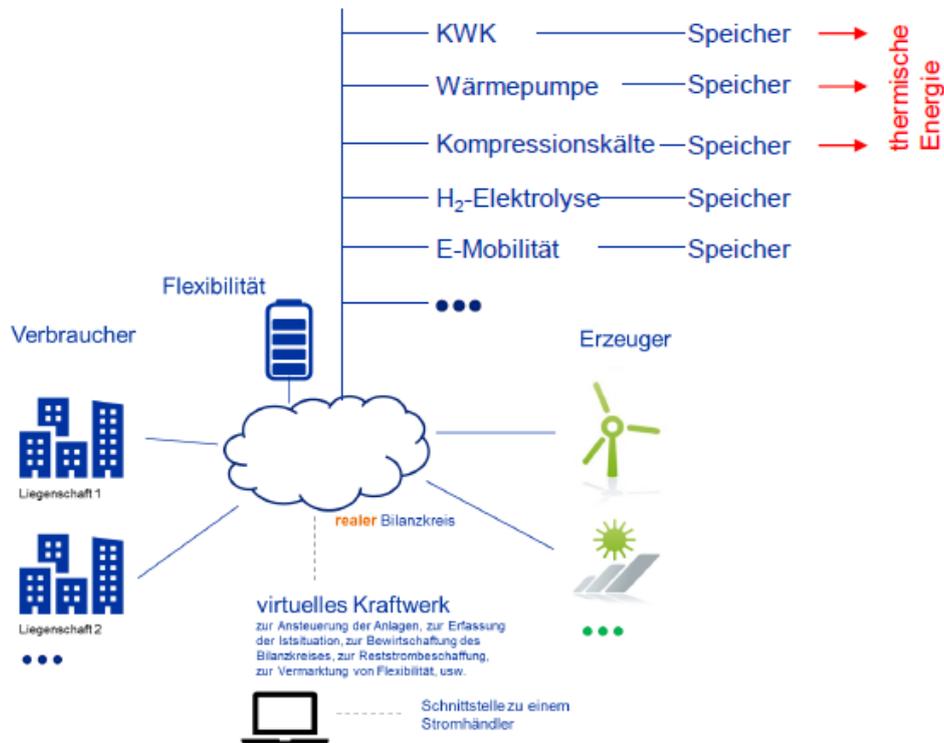
Prinzip einer Energieregion – Phase 2



Quelle: SiPE – Simon Process Engineering GmbH

- **Phase 3 Zielstufe, Erweiterung um die Wärmeversorgung bzw. Sektorkopplung bei ausreichend regional erzeugten CO₂-freien Strommengen**

Prinzip einer Energieregion – Phase 3



Quelle: SiPE – Simon Process Engineering GmbH

Zunächst müssen die möglichen Potentiale und Bedarfe ermittelt werden, um daraus ein mögliches Konzept zum Aufbau und Betrieb einer Energieregion zu erstellen. Im Rahmen dieser Studie wird auch geprüft, ob die Energieerzeugung am wirtschaftlich geeignetsten Standort, d.h. mit den niedrigsten Erzeugungskosten Vorteile für alle Standorte bietet.

Technisch kann dies durch möglichst große PV-Anlagen erfolgen (z.B. große Dachflächen, große Freiflächen etc.). Dafür wird in einem ersten Schritt die Ausgangssituation erfasst, um darauf aufbauend ein energietechnisches u. energiewirtschaftliches Konzept zu erstellen. Diese Ergebnisse fließen ein in eine Umsetzungsstrategie, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ein und berücksichtigt zudem auch die Umweltauswirkungen.

Für die Erstellung der Studie durch die Simon Process Engineering GmbH liegt der Verwaltung ein Honorarangebot vor. Der Angebotspreis beläuft sich auf 16.000 EUR zzgl. MwSt. (19.040 EUR brutto). Der Zeitraum für die Erstellung der Studie beträgt ca. 12 Wochen ab Auftragserteilung.

Hinweis zur Finanzierung:

Im Wirtschaftsplan 2023 ist für die Erstellung einer Studie zur Eigenstromversorgung in einem Bilanzkreis kein Ansatz etatisiert und stellt damit eine außerplanmäßige Auszahlung dar. Die Kosten werden hälftig zwischen dem Wasser- u. Abwasserwerk aufgeteilt.

Eine Deckung besteht im Bereich Wasserwerk bei Konto 04401-Maßnahme 440185 i.H.v. 100.000

EUR, im Bereich Abwasserwerk bei Konto 372107 i.H.v.40.000 EUR.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den vorgestellten Sachverhalt zur Kenntnis und erteilt den Auftrag zur Erstellung einer Studie zur optimierten Eigenstromversorgung der Werke im Sinne einer Energieregion an das Büro Simon Process Engineering GmbH i. H. v. 19.040 EUR. Gleichzeitig stimmt der Werkausschuss der außerplanmäßigen Auszahlung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 3

Beschluss über den Beitritt zum Pakt Resiliente Wasserversorgung

Sachverhalt:

Die öffentliche Wasserversorgung ist eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge und Teil der kritischen Infrastruktur. Das primäre Ziel der öffentlichen Wasserversorgung ist die gesicherte Versorgung der Bevölkerung und anderer Nutzer mit Trinkwasser von einwandfreier Beschaffenheit, in ausreichender Menge und unter ausreichendem Druck.

Außergewöhnliche Ereignisse, wie Naturkatastrophen unterschiedlichster Art, zum Beispiel Hochwasser, Erdbeben und extreme Trockenperioden, können die kritische Infrastruktur Wasserversorgung in ihrer Funktionstüchtigkeit beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund hat das Land Rheinland-Pfalz, zusammen mit den wasserwirtschaftlichen Fachverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden, den Pakt „Resiliente Wasserversorgung“ für Rheinland-Pfalz geschlossen, dem jeder Wasserversorger beitreten kann. Ziel ist es, dass in einer Krisensituation mindestens drei Tage lang mindestens 50 Liter Trinkwasser pro Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung steht.

Die unterzeichnenden Wasserversorgungsunternehmen verpflichten sich an der vom Land mit den Verbänden abgestimmten systematischen „Standortbestimmung Notfallvorsorge“ teilzunehmen. Im Gegenzug verpflichtet sich das Land Rheinland-Pfalz die beigetretenen Träger der Wasserversorgung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen. Dies soll über ein 30 Millionen Euro umfassendes, zeitlich begrenztes Sonderförderprogramm erfolgen.

Dies bedeutet im konkreten Fall für den Eigenbetrieb Wasserwerk eine mögliche Erhöhung der Förderung der Maßnahmen im Rahmen Ersatzwasserversorgung mit dem Wasserversorgungszweckverband Maifeld-Eifel auf bis zu 50%.

Hinweis zur Finanzierung:

Die Kosten für die Standortbestimmung Notfallvorsorge (5.000,- €/Kunden zzgl. 19 % MwSt.) werden zu 100% vom Land auf Antrag (MIP-Förderung) gefördert.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den vorgestellten Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, dem Pakt „Resiliente Wasserversorgung“ beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	X
Zustimmungen	./.
Ablehnungen	./.
Stimmenenthaltungen	./.

Tagesordnungspunkt: 4
Mitteilungen

Keine Mitteilungen..

Vorsitzender
Jörg Lempertz

Schriftführer
Jennifer Simon